

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonntags
Abonnementpreis 1,50 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 86, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postfachkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Werbearbeit und Presse.

Werbearbeit leisten war immer eine der vornehmsten Aufgaben eines jeden überzeugten Gewerkschafters. Einzelne Organisationen, deren Mitglieder wegen der Besonderheit ihres Berufes in Versammlungen nur sehr schwer, oft auch gar nicht, zu erfassen waren, sind überhaupt erst durch die stete und opferbereite Klein- und Werbearbeit der einmal gewonnenen Mitglieder möglich geworden und gewachsen. Und die schönsten Stunden in der Erinnerung der älteren Verbandskollegen sind heute immer noch jene, besonders aus der Vorkriegszeit, die sie zur Werbung neuer Mitglieder opferten. Was hier oft geleistet und gelitten wurde in idealer Hingabe und Aufopferung, wird immer zu dem schönsten von allem Menschlich-Idealen gerechnet werden können. Ja, meistens waren es überhaupt erst diese Opfer jener uneigennütigen Kämpfer, die in den Reihen der Indifferenten den Glauben an proletarische Solidarität und den Wert gewerkschaftlichen Zusammenschlusses weckten.

Aber auch heute noch ist die Zahl derer groß, die auf der Arbeitsstelle und in ihrer Freizeit nie vergessen, daß Werbearbeit leisten im täglichen Stundenplan des Gewerkschafters obenanstehen muß. Und auch hier gibt es immer noch so etwas wie ein stilles Heldentum. Soviel ist sicher: wären nicht jene unermüdeten Werber neuer Mitglieder, dann würden die freien Gewerkschaften heute wohl schwerlich über vier Millionen Streiter in ihren Reihen zählen können. Auch in unserm Verbands sind ständig Hunderte Kollegen bei der Arbeit, den Gewerkschaftsgedanken immer weiter in die Reihen unserer Berufskollegen vorzutragen. Beweis hierfür sind die ununterbrochen einlaufenden Anmeldungen neuer Mitglieder. Trotzdem aber läßt sich auf dem Gebiete der Agitation und Werbearbeit immer noch viel herausheben und vervollkommen. Das beweist gerade die letzte Zeit, in der die meisten Organisationen gut organisierte Werbewochen führten mit zum Teil ausgezeichneten Erfolgen. Diese Tatsache dürfte auch den einzelnen Filialen unserer Organisation erneut ein Ansporn sein, von sich aus öfter solche organisierte Werbeaktionen zu führen, da dafür ja nicht unbedingt die Anweisung des Hauptverbandes abgewartet zu werden braucht. Sehr oft bieten örtlich begrenzte Vorgänge und Verhältnisse einen günstigen Boden zur Ausbreitung unserer Idee, was natürlich sofort ausgiebig von den Ortsverwaltungen ausgenutzt werden muß.

Ebenso wichtig aber, ja fast identisch mit der Werbearbeit, ist die Aufklärungsarbeit unter den Unorganisierten. Werbearbeit ist eigentlich ja nur Erntearbeit, die die Früchte einbringen soll, die durch vorausgegangene Aufklärung und Belehrung reif geworden sind. Je gründlicher und intensiver diese vorbereitende Aufklärungsarbeit geleistet werden kann, desto größer wird der Erfolg sein in Gewinnung neuer Mitglieder. Desto größer aber auch die Aussicht, gewonnene Mitglieder halten zu können. Jede Filiale weiß, welche große Bedeutung gerade der Frage zukommt: Wie halten wir die Mitglieder? Es gibt kaum eine Ortsgruppe, die nicht monatlich eine bestimmte Anzahl von Neuaufnahmen aufzuweisen hat, die aber sehr oft ihre Kompensierung findet in einer fast gleich großen Anzahl von Austritten. Woher kommt das? Vor-erst hierzu einige Zahlen. In dem Jahrbuche der Deutschen Sozialdemokratie finden wir folgende Tabelle:

Bezieher sozialdemokratischer Zeitungen:	Ende 1925	Ende 1926
In ganz Deutschland	1,75 %	1,85 %
Im besten Erhebungsbezirk	7,23 "	7,05 "
Im schlechtesten Erhebungsbezirk	0,16 "	0,18 "

Rechnen wir einmal die kommunistische Presse mit in diesen Zahlen auf, dann dürften also rund 2,5 % der deutschen Einwohner eine ausgesprochen links eingestellte

Tageszeitung beziehen. Das wären insgesamt bei 65 Millionen Einwohnern rund 1 600 000 Bezahler. Alle übrigen Zeitungsbezieher verteilen sich also auf die farblos-bürgerliche, die tendenziös-bürgerliche und die direkt reaktionäre Presse. Demgegenüber vergleiche man die Tatsache, daß die freien Gewerkschaften allein einen Mitgliederbestand von über 4 Millionen zählen. Damit dürfte sofort jedem klar geworden sein, daß bei weitem noch nicht die gesamte Mitgliedschaft der freien Gewerkschaften Leser einer ausgesprochen links gerichteten Tageszeitung ist. Diese Zahlen beweisen aber gleichzeitig, daß es wohl nur eine günstige Ausnahme sein kann, wenn ein Unorganisierte eine ausgesprochene Arbeiterzeitung als Tageszeitung abonniert hat. Hier aber liegt das eigentliche Kriterium für die Lösung. Wie kommen wir an die Masse, das heißt, an die Unorganisierten heran? In diesen Tagen nun veranstaltet die Sozialdemokratische Partei eine große Werbeaktion an allen Orten zur Gewinnung von Parteimitgliedern und neuen Abonnenten für die sozialdemokratische Presse. Das Ergebnis gerade in der letztgenannten Absicht darf auch den Gewerkschaften nicht gleichgültig sein. Wir sind es der Arbeiterpresse schuldig, sie in allen Stücken zu unterstützen und bei ihrer Ausbreitung mitzuhelfen. Die Presse ist es, die täglich zu ihren Lesern spricht. Und was sie spricht, wird schließlich zum geistigen Inhalt und zur eigenen Ansicht des täglich Lesenden. Ist sie ein Freund der Arbeiter und ihrer Organisation, dann wird sich das unwillkürlich auch auf ihre Leser verpflanzen, die dadurch leicht zu gewinnen sein werden. Steht sie uns gleichgültig gegenüber, gar feindlich, dann wird es wohl kaum möglich sein, in gelegentlichen Unterhaltungen wieder gut zu machen, was sie bei dem Leser in ununterbrochener täglicher Wählerarbeit verborgen hat.

Wir haben vorhin schon gesagt, daß Werbearbeit eigentlich nur Erntearbeit sein kann. Wenn wir also hier mehr Erfolg erzielen wollen als bisher, dann müssen wir der Aufklärung und Belehrung, der Vorarbeit zur Werbearbeit, mehr Beachtung schenken. An erster Stelle steht hier als besonders gutes Hilfsmittel die Tagespresse. Sorgen wir dafür, daß unsere Arbeitsbrüder und Berufskollegen in erster Linie die sich klar zu uns bekennende Presse lesen, damit uns die Früchte reicher und reifer zufallen.

Weshalb muß die Arbeitszeit verkürzt werden?

Die Sorge wegen der freisichenden Wirkung der technischen Rationalisierung scheint gegenwärtig in den Hintergründen getreten zu sein — wenigstens in Deutschland könnte man diesen Eindruck gewinnen. Man weiß auf die im großen Maßstab erfolgte Auffaugung der Arbeitslosen im laufenden Jahr hin und will darin die Bestätigung der Richtigkeit der sogenannten „Kompensations-(ausgleichs-)theorie“ (erhöhte Produktivität erhöhe den Verbrauch und steigere somit die Nachfrage nach Arbeitskräften) erblicken. Diesen Optimisten gegenüber glauben wir, daß die Freisetzung von Arbeitskräften als Folge der Rationalisierung in absehbarer Zeit wieder in verstärktem Umfange wieder in Erscheinung treten kann, sowohl in Deutschland als auch freilich noch mehr in jenen Ländern, wo erst jetzt mit der Rationalisierung begonnen wird. Keineswegs können wir uns bei der erwähnten Ausgleichstheorie, derzufolge die wegrationalisierten Arbeiter nach einer Ubergangszeit in der Industrie wieder unterkommen würden, beruhigen. Vielmehr sind wir überzeugt davon, daß die Freisetzung der Arbeiter infolge Rationalisierung ein ernstes, ja schicksalsschweres Problem der Zukunft bleiben wird.

Wir möchten die Aufmerksamkeit auf eine kürzlich erschienene Arbeit des Professors an der Universität Kopenhagen, Dr. J. Birck (Kieler Vorträge Nr. 21) lenken, der die erwähnte „Kompensationstheorie“ mit großer Schärfe zu widerlegen und gleichzeitig zu beweisen sucht, daß wir mit der Freisetzung von Arbeitskräften infolge des technischen Fortschritts als einer dauernden Erscheinung rechnen müssen. Seine theoretische Beweisführung ist, wenn sie auch nicht überall klar ist und zu

Mißverständnissen führen kann, sehr beachtenswert, zumal sie auf die energische Forderung einer Arbeitszeitverkürzung hinausgeht. Die Grundthesen des Professors Birck lauten folgendermaßen: Die Technik habe die Kapitalbildung überholt und dadurch verstärkt sie — durch Freisetzung von Arbeitskräften — die Krisen. Daß die technische Entwicklung (im Sinne der automatisierenden Technik) die Kapitalbildung überfüllt hat, kommt darin zum Ausdruck, daß man zuviel stehendes Kapital im Verhältnis zum umlaufenden anlegt. Nicht die allzu hohe Kapitalbildung, sondern das Mißverhältnis zwischen Kapitalmenge und technischem Fortschritt muß zur Arbeitslosigkeit führen. Das Realkapital — der sachliche Produktionsapparat, wie das Betriebskapital — nimmt nicht beziehungsweise nicht genug zu, sondern es wird jeweils nur das alte Realkapital in eine höhere Technik mit arbeitssparender Produktion angelegt — derselben Kapitalmenge entspricht eine ständig wachsende Leistungsfähigkeit. Daß die Unternehmer trotz dieses Sachverhalts hohe und steigende Vermögen aufweisen können, kommt daher, daß sie in der hochkapitalistischen (Monopol-)Wirtschaft immer in der Lage sind, jede Art von Einkommen zu kapitalisieren (in Vermögen umzuwandeln).

„Im Gegensatz zum Wachstum des sozialen Realkapitals wächst die Summe der einzelnen Vermögen ununterbrochen durch Kapitalisierung — Kapitalisierung höherer Leistungsfähigkeit, Kapitalisierung von Monopol und Machtpositionen (durch Vorwegnahme des künftigen Ertrags u. s.) und durch die Milliarden schulden der Staaten, die gleichbedeutend sind mit der Kapitalisierung zukünftiger produktiver Möglichkeiten.“

Professor Birck will nun seine gedankenreichen Ausführungen im Gegensatz zur marxistischen Theorie stellen, die die Krisen und die Arbeitslosigkeit aus einer allzu raschen Kapitalbildung herleiten soll. Unseres Erachtens ist der behauptete Gegensatz zu Marx in Wirklichkeit nicht vorhanden, vielmehr könnte die geschilderte Theorie, richtig angewendet, eine sehr begrüßenswerte Ergänzung der marxistischen Krisentheorie liefern. Prof. Birck trifft das Richtige, wenn er behauptet: „Niedriger Lohn und hohe Preise sind das Ziel des kapitalistischen Unternehmers, während das Ideal billige Waren und teure Menschenkraft verlangt.“ Auch zeigt er ganz in der Linie der sozialistischen Krisentheorie, wie es durch niedrige Löhne und hohe Preise, die die Kapitalbildung begünstigen und höhere technische Produktionsformen entstehen lassen, zu einer Absahkrise kommen muß, und daß in deren Folge Arbeitslosigkeit entsteht, allerdings nach ihm eine Arbeitslosigkeit von vorübergehender Natur. Dann aber beweist er — und das ist in diesem Zusammenhang von großer Bedeutung —, daß die Absahkrise Entwertung des angelegten Kapitals und Störung der Kapitalbildung bedeutet. Er hätte nur unterstreichen sollen, daß eben diese Entwertung des Kapitals und Störung der Kapitalbildung während der Absahkrise einen wichtigen Grund für das verhältnismäßig geringe Wachstum des Realkapitals bildet. Und wenn er dann feststellt, daß wir heutzutage den Zustand haben, wo die Kapitalmenge nicht groß genug ist, um die gesamte Arbeiterkraft mit der gewählten Technik zu beschäftigen, so hätte er hervorheben sollen, daß dieser Zustand neben dem sogenannten „moralischen Verschleiß“, das heißt, daß die Lebensdauer der Maschinen infolge weiterer technischer Fortschritte verkürzt wird, auf die Kapitalverwertung während der Absahkrise zurückzuführen sei. Ein Gegensatz zu Marx liegt aber nicht vor: wenn bei Marx das aus Unternehmerprofilen neugebildete Kapital in immer höheren technischen Formen angelegt wird (mit seiner Ausdrucksweise: die organische Zusammenfassung des Kapitals wächst), so ist damit über die Größe dieses Kapitals an sich noch nichts ausgesagt, sondern nur über die Verschiebung zwischen stehendem und umlaufendem Kapital zugunsten des ersteren: daher die Freisetzung von Arbeitskräften. Der wünschenswerte Zustand wäre, wenn sowohl das stehende als auch das umlaufende Kapital beide im entsprechenden Umfang wachsen würden. Unter den geschilderten kapitalistischen Verhältnissen reicht aber die Kapitalbildung nur aus, um das stehende Kapital nach Wunsch der Unternehmer zu erhalten, für ausreichendes Umlaufkapital (vor allem für Löhne) bleibt kein Raum mehr übrig. Die für den ersten Augenblick befremdende Formulierung Prof. Bircks, daß nicht zu große, sondern zu geringe Kapitalbildung (im Verhältnis zum technischen Fortschritt) Ursache der Freisetzung von Arbeitskräften sei, erscheint unter diesem Gesichtspunkt in einem anderen Licht. Niedrige Löhne und hohe Preise ermöglichen die Kapitalbildung und die Anlagen mit höherer Technik, sie führen aber gleichzeitig zu Absahkrisen, wo dann große Werte vernichtet werden. Dadurch wird aber die Kapitalbildung zum Teil wieder rückgängig gemacht; bleibt nur die frei-

legende Wirkung durch die höhere Technik ohne die Möglichkeit der Unterbringung der freigesetzten Arbeiter in andern Betrieben, deren Einrichtung und Inbetriebhaltung ebenfalls Kapitalien, die aber nicht vorhanden sind, beanspruchen würde.

Diese theoretischen Ausführungen haben nun die größte praktische Bedeutung. Wie ist heute zum Beispiel in Deutschland die Lage? Niedrige Löhne und hohe Preise ermöglichten Profite, aus denen die Rationalisierung (bei richtiger Arbeitslosigkeit) durchgeführt wurde. Die innerdeutsche Kapitaldecke reichte aber nicht aus — zumal während der Krise Kapitalien in großem Umfange vernichtet wurden, (Sillelung, Konkurse usw.) —, um noch Kapitalien für die anderweitige Unterbringung der freigesetzten Arbeiter zu erbringen. Hier sprangen Auslandskapitalien (die früher bereits an der Rationalisierung mitwirken mußten, weil die Fehlinvestitionen der Inflationzeit die Industrie vom verfügbaren Kapital entblößten) in die Bresche und ermöglichten eine weitgehende Aufsaugung der durch den technischen Fortschritt freigesetzten Arbeitslosen. Es ist demnach richtig, daß wir nicht genug Kapitalien haben, um ohne Auslandshilfe die ganze Arbeiterschaft auf der gegenwärtigen Stufe der Technik zu beschäftigen. Wird es durch niedrige Löhne und hohe Preise zu einer Abflakrisse kommen, so wird das Mißverhältnis erstrecht zum Ausdruck kommen.

Wenn aber keine Kapitalien für die Unterbringung der freigesetzten Arbeiter in neuen Produktionen (für Neuanlagen, Rohstoffe, Löhne usw.) da sind (und auch Auslandsanleihen nicht grenzenlos aufgenommen werden können), was geschieht dann? 1. Rückkehr zur früheren, primitiveren Technik könnte den Freigesetzten wieder zu Arbeit verhelfen. Dies kann jedoch mit Rücksicht auf die nationale und internationale Konkurrenz nicht erwartet werden, auch steht sie im Gegensatz zur modernen Lebensauffassung. 2. Das Mißverhältnis zwischen Kapitalmenge und Technik könnte dazu führen, um die überschüssigen Arbeiter als Dienstboten zu beschäftigen oder etwa im Zwischenhandel. Wie Prof. Birk schreibt: „Wenn sich die Kapitalanhäufung in wenigen Händen fortsetzt, werden die Reichen, deren physische Bedürfnisse doch begrenzt sind und die wegen der niedrigen Löhne ihre Waren billiger erhalten, ihr Geld zu Dienstleistungen verwenden: Diener aller Art, Tänzerinnen werden von ihnen unterhalten werden (die besten von ihnen werden vielleicht Dichter und Künstler anstellen.)“

Es gibt aber auch eine dritte Möglichkeit: Arbeitszeitverkürzung. Prof. Birk möchte diese Lösung vorziehen. Er schreibt:

„Dem Wachsen und Vordringen der automatisierenden Technik — auch auf dem Gebiete der Rohstoffgewinnung — kann, wenn auch nur teilweise, abgeholfen werden durch kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne.“ „Die im Verhältnis zur Technik eingetretene Kapitalknappheit kann mit der Einführung mehrerer Arbeitsschichten beseitigt werden. Dasselbe Kapital fordert dann die doppelte Arbeiterzahl, die Lohnsätze steigen und die Preise sinken.“

An einer andern Stelle schreibt Prof. Birk:

„Selbstverständlich kann man die freigesetzten Arbeiter in verhältnismäßig kapitalloser Tätigkeit beschäftigen, zum Beispiel mit Waldarbeit, als Dienstboten oder in freien Berufen. Rationaler ist jedoch das Prinzip, neue Schichten einzuführen, was einem geringeren Kapital die Investierung in einer höheren, arbeitssparenden Technik erlaubt und trotzdem die ganze Arbeiterschaft beschäftigt; die Produktionsmenge wird vergrößert, obgleich die Kosten geringer sind. Eine vergrößerte Kaufkraft wird mit rückläufigen Preisen zusammenfallen. Im kapitalarmen Europa ist eine Verbesserung der technischen Methode, Ausnutzung der Rohstoffe und doppelte Ausnutzung des technischen Kapitals durch Mehrschichtbetrieb rationaler als Kapitalinvestierung in kostspieliger Maschinerie.“

So stellt sich im Lichte der wissenschaftlichen Untersuchung die Frage des technischen Fortschritts als Wahl vermehrter Beschäftigung von Dienstboten oder

Tänzerinnen für die Reichen auf der einen und Arbeitszeitverkürzung auf der andern Seite. Wenn die Unternehmer lieber die erste Möglichkeit wählen, so liegt es der organisierten Arbeiterschaft ob, die zweite zu erkämpfen!

Verbandsmitglieder!

Schließt nur Versicherungen ab bei der

Volksfürsorge

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft

Hamburg 5

Die Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes.

Die Besserung der beruflichen Geschäftslage im Monat September war nur von kurzer Dauer. Während sich das Wirtschaftsleben fortlaufend günstiger gestaltet und der allgemeine Arbeitsmarkt sich auch weiterhin zufriedenstellend entwickelt, machten sich die unerfreulichen Witterungsercheinungen des beginnenden Winters für unser Malz- und Lackierhandwerk schon gegen das Ende des Monats Oktober durch eine Steigerung der Erwerbslosenziffern bemerkbar. In 152 Filialen mit 48 702, davon 180 weiblichen Mitgliedern, deren Berichterstattung rechtzeitig erfolgte, wurden 3420 männliche und 7 weibliche, zusammen 3427 Arbeitslose, das sind 7,3 vom Hundert der erfassten Mitglieder ermittelt. Das ist eine Zunahme der Erwerbslosen gegenüber dem Vormonat um 2,8 %. Wenn auch eine recht erhebliche Zahl von kleineren und mittleren Filialen infolge der milden Witterung der letzten Wochen noch voll beschäftigt waren, so werden doch alle Verbandsbezirke von dem Abflauen der Beschäftigungsmöglichkeiten betroffen. Am besten stehen noch der 5. und 6. Bezirk mit je 5,7 % arbeitslosen Mitgliedern; es folgen dann der 2. Bezirk mit 6,2 %, der 1. Bezirk mit 7,6 %, der 4. Bezirk mit 8,2 %, der 3. Bezirk mit 8,8 % und an letzter Stelle der 7. Bezirk mit 11,2 %. Einen Vergleich mit den Ergebnissen unserer Erhebungen im vorigen Jahre ermöglicht die nachstehende Uebersicht:

Monat	Er berichteten Filialen		Mitgliederzahl in den berichteten Filialen am Schlusse des Monats		Arbeitslose Mitglieder am Schlusse der letzten Woche des Monats		Auf je 100 Mitglieder entfallende Arbeitslose im am Schlusse der letzten Monatswoche	
	1926	1927	1926	1927	1926	1927	1926	1927
Januar ..	147	146	37 107	41 486	14 507	15 830	39,1	38,7
Februar ..	152	144	40 144	40 893	12 868	13 772	32,0	33,7
März ...	140	148	36 691	41 492	6 829	5 916	18,1	14,2
April ...	134	143	34 428	38 338	3 501	2 382	8,9	6,2
Mai ...	144	151	41 268	42 996	3 855	1 078	9,3	2,5
Juni ...	141	150	39 938	43 082	4 479	1 575	11,2	3,6
Juli ...	144	143	40 323	45 939	4 336	1 712	10,7	3,9
August ..	141	152	41 345	44 436	5 421	2 221	13,1	5,0
Sept. ...	140	154	40 730	46 301	5 580	2 089	13,7	4,5
Oktober ..	150	152	41 369	46 702	7 167	3 421	17,3	7,3
Nov. ...	147	—	41 194	—	9 471	—	23,0	—
Dezember	134	—	40 143	—	13 506	—	33,6	—

Wesentlich stärker und mit den Ergebnissen der Konjunkturforschung nur schwer in Einklang zu bringen ist die außerordentliche Zunahme der Kurzarbeit. Während wir im August nur 38, im September 70, davon 16 weibliche Kurzarbeiter ermittelten, ist deren Zahl im Oktober auf 462, davon 7 weibliche Kurzarbeiter, hinaufgeschwollen. Das läßt sich nur dadurch erklären, daß infolge Arbeitsstockungen eine vorübergehende Arbeitsbeschränkung eintrat. Wie weit davon das Baumalergewerbe betroffen ist, wo die verkürzte Arbeitszeit in der Regel erst mit dem 1. November einsetzt, wird sich durch die Ergeb-

nisse unserer zur gleichen Zeit vorgenommenen Konjunkturerhebung nachweisen lassen. Nach den an dieser Stelle schon einmal herangezogenen Monatsberichten der Dresdner Bank, die im allgemeinen als durchaus verlässlich gelten, sind alle Industrien, in denen unsere Rufangehörigen in nennenswerter Zahl beschäftigt werden, mit Aufträgen reichlich versehen. Die Wochenarbeitszeit war verkürzt: bis zu 8 Stunden für 314 Beschäftigte um 9 bis 16 Stunden für 110, davon 7 weibliche Beschäftigte; um 17 bis 24 Stunden für 3 und um mehr als 24 Stunden für 35 Beschäftigte.

Es sei hier ausdrücklich darauf hingewiesen, daß für das Malergewerbe in den Wintermonaten durch tarifliche Vereinbarung herabgesetzte Arbeitszeit nicht als Kurzarbeit gezählt werden soll. Wenn das von einer Anzahl Filialen diesmal dennoch geschehen sein sollte, widerspricht das unsern langjährigen Gepflogenheiten und es bedarf wohl nur dieses Hinweises, daß dies bei am Sonnabend, 26. November, fälligen Erhebung berücksichtigt wird.

Normung und Kulturauflieg.

Auf der kürzlich stattgefundenen 10. Jahresversammlung des Deutschen Normenausschusses ist auch die grundsätzliche Frage der Normung im Zusammenhang mit der Wirtschaft, der Technik und des gesamten Lebens erörtert worden. Es lohnt sich, hierauf mit einigen Worten zurückzukommen.

Die Unrationalität im Wirtschaftskörper wirkt sich in die einkaufende Hölle fort. Denn jeder einzelne wird bei jedem Einkauf von der Unrationalität der Wirtschaft getroffen und muß dafür mit einem höheren geldlichen Aufwand büßen. In einem dichtbesiedelten Lande mit beschränkten Naturerschätzen kann deshalb nur dann der einzelne einen genügenden, zu seiner Wohlfahrt nötigen Anteil an den Gütern erhalten, wenn die Produktionsverteilung und -erzeugung dieser Güter ohne Verschwendung geschieht. Jeder unnötige Verbrauch an Stoffen, Arbeitszeit und Arbeitskraft bedeutet ein Minus an den zur Verfügung stehenden Gütern. Diesen Bestrebungen dient die Normung.

Das ungefähr waren die Gedankengänge, die auf der betreffenden Tagung den Erörterungen zugrunde lagen. Die Arbeiterschaft kann diese Grundsätze ohne weiteres unterschreiben. Wir sind durchaus bereit, an der weiteren Durchorganisation der Wirtschaft mitzuwirken und dies zu fördern. Dabei sind wir uns dessen bewußt, daß die durch die Lebenshaltung der Bevölkerung wesentlich beeinflusst werden kann. Wir sind darüber hinaus der Meinung, daß dies eine jener Möglichkeiten ist, ohne Erhöhung der Geldlöhne die Lebenshaltung der breiten Massen günstig zu beeinflussen.

Besteht somit bei den Hand- und Kopfarbeitern kein Widerspruch gegen die Normung und Typisierung der Produktionsprozesse und der Verbrauchsgüter, so muß man sich wundern, daß die Auswirkungen dieses Projektes so wenig fühlbar werden. Gewiß ist in den 10 Jahren seit Bestehen des Normenausschusses viel erreicht, und die in der erwähnten Tagung verbundene Ausstellung erwies dies sehr deutlich. Dennoch sind bei den maßgebenden Schichten der Bevölkerung noch große Widerstände zu überwinden, sollen die Ergebnisse der Normung bei den Verbrauchern fühlbar in Erscheinung treten.

Bei dem Aufstieg zu höherer Kultur ist jede Verkürzung zu begrüßen. Deshalb wünschen die Massen schließlich, daß es bald etwas schneller gehen möge mit der Beseitigung des Leerlaufs in der Wirtschaft. Doch muß dies in der Erhöhung des Lebensstandards zum Ausdruck kommen. Ein wesentliches Mittel hierzu ist die Senkung der Preise. Doch wie es hiermit ausseht, verspüren wir täglich am eigenen Leibe. Es helfen uns nicht leer Redensarten, sondern lediglich Tatkraft und handgreifliche Beweise. Die Arbeiterschaft wartet hierauf. Der Opfer sind genug gebracht, jetzt laßt uns endlich Taten sehen! So die Rationalisierung, die Normung und die Typisierung zum Wohle der breiten Massen der Menschheit auszuführen, dann können wir uns nicht auf den St. Nimmerleinstag vertrusten lassen.

Arbeitsleben und Städtebau.

Das wirtschaftliche Leben ist der Kernpunkt des städtischen Lebens. Aus der Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse durch Arbeit wurde das Zusammenwohnen in der Stadt. Wie sich aber die Arbeit selber immer mehr differenzierte und spezialisierte, so hat auch die Arbeitsstätte in der ganzen Geschichte der Arbeit unter dem gleichen Prinzip der Differenzierung gestanden. Dort diese Arbeitsstätten und da jene. Wenn auch meist ohne führenden Plan. Den zu schaffen ist als Fortführung dieser Linie die Aufgabe der Zukunft.

Die Straßennamen in den älteren Städten erinnern uns daran, wie die Gewerbe schon vor Jahrhunderten auf die Stadt verteilt waren. Da gibt es die Bäckergasse, die Wottcherstraße, die Buchbinderstraße, die Knochenhauerstraße, die Schmiedestraße und dazu die Kupferschmiedestraße besonders noch

Manche Namen sind heute leider erstorben. So gab es in Breslau eine Straße, die „Unter den Barbieren“ hieß, und eine Hutmachergasse gab es und eine Kuttlerstraße, und Kuttler nannte man damals die Fleischer der Stadt.

Die Namen zeigen uns nicht nur, wie das Arbeitsleben für das städtische Leben bestimmend gewesen ist, sie erinnern zugleich daran, wie die Gewerbe auf die Stadt verteilt waren. Dort hatten die einen Gewerbe ihren Sitz und da die andern

Die industrielle Entwicklung brachte dann eine Differenzierung neuer Art. Sie schaffte große Spezialindustrien in bestimmten Bezirken, so die Metallindustrie, die elektrische Industrie, die chemische Industrie, die Textilindustrie, den Bergbau und das Arbeitsleben der großen Hafenstadt. Aber auch in der Stadt brachte die moderne Entwicklung eine neue Differenzierung, die um so deut-

licher zu erkennen ist, je größer die Städte wurden. Besonders deutlich kommt diese moderne Differenzierung in den Weltstädten wie Berlin, Newyork, zum Ausdruck. So finden wir in Berlin bereits ausgesprochene Viertel für den Filmhandel und Filmverlag, für den Altkunsthandel, den Schreibwarenhandel, den Kleider- und Seidenhandel, weiter für Pelze und Wäsche, für Versicherungswesen, für Gebildeten- und Finanzierergewerbe, für Leder, ja für Verwaltung und ein ausgesprochenes Theaterviertel und zwei für Sozials.

Aber wo wir diese moderne Differenzierung des Arbeitslebens auch betrachten, es ist eine Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens ohne Berücksichtigung der sozialen Bedürfnisse, wie zum Beispiel ohne Berücksichtigung des Bedürfnisses nach Wohnen. Einst hatten die Bäcker es zu ihrer Arbeitsstätte nicht weit und die Schmiede hatten es nicht weit zur Schmiede hin. Die moderne kapitalistische Entwicklung war in ihrer Entwicklung einseitig. Sie ging selbstherrlich ihren Weg, ohne soziale Rücksicht. Und so sind große Massen des arbeitenden Volkes täglich stundenlang zwischen Wohnung und Arbeitsstätte unterwegs.

Die neue soziale Differenzierung, die kommen wird, stellt eine Verbindung zwischen Arbeiten und Wohnen dar. Wir sind theoretisch schon auf dem Wege dazu. Wir erkennen die Bedeutung einer sozialen Verkehrsgestaltung und der bekannte Städtebauer Friedrich Schumacher macht das Arbeitsproblem sogar zum Schlüssel zur Lösung der Groß-Hamburg-Frage. Auch erstreben die Städtebauer für die aus den Massenstädten herausgewachsene Industrie und Bevölkerung eine planmäßige Verteilung über das Land in planmäßig angelegten Städten unter dem neuen Gedanken der Landesplanung.

So stehen wir vor einer neuen Periode der Differenzierung der Arbeitsstätten und es gilt, diese Entwicklung

zu kennen und zu verfolgen, damit diese moderne Entwicklung des Arbeitslebens nicht an dem sozialen Bedürfnis der Massen vorbeigeht, wie es das Wohnen zum Beispiel in so hervorragender Weise darstellt.

Der kämpferische Mensch.

Jede Zeit stellt ihre Ansprüche an den Menschen. Den kämpferischen Menschen verlangt darum die kämpferische Zeit.

Und wir leben in solch einer kämpferischen Zeit. In einer Wende der Zeit. Alles weicht Neuem. Auf allen Gebieten. Da ist der kämpferische Mensch nötig, daß das Neue, das Soziale, die Freiheit, die Gerechtigkeit siegen kann.

Wer kein kämpferischer Mensch ist, ist der Mensch der untergehenden Zeit. Müde wie das Vergangene. Ohne Glaube, wie die sinkende Epoche ohne Zukunft ist.

Die aufsteigende neue Epoche der Welt hat im kämpferischen Menschen die siegende Kraft. In dem Menschen, der auf allen Gebieten das Neue erkennt und erstrebt, der als den Kern des Neuen den sozialen Gedanken erfährt und für ihn zu leiden bereit ist.

Darum ist es die höchste soziale Erziehungstafel, zum kämpferischen Menschen zu reifen und wachsen zu lassen. Zur kämpferischen Persönlichkeit, deren Wesen der starke Charakter ist, der sich nicht beugt, der stolz seinem Ziele entgegenblickt. Zum kämpferischen Menschen, mit persönlichem Mute, der unbekümmert um fremdes Urteil seine Überzeugung zum Ausdruck bringt, der selbst Achtung nicht scheut und der auch die Kleinigkeiten des Alltags hineinzwingt in den Strom des Neuen, daß er schwellen und steigen in reifender Kraft.

Uns unsern Beruf

Glogau. Wie in mehreren andern Orten des ersten Bezirks, fand auch in Glogau am 7. November eine Mitgliederversammlung unseres Verbandes statt. In der Kollege J. Schumann über die Festlegung und Auswertung des Tarifvertrages referierte. Die Kollegen der Filiale Glogau hatten bereits vorher mit den Arbeitgebern am Orte zwecks Zusammenfassung des Tarifamtes und Durchführung der Richtlinien, Fühlung genommen. Die Arbeitgeber kamen hier auf den sonderbaren Gedanken „Unorganisierte“ zu den Tarifverhandlungen am Orte mit hinzuzuziehen. Unsere Kollegen lehnten es natürlich ab, mit den Vertragschließern sich an einen Tisch zu setzen, und dadurch kam die Zusammenfassung des Tarifamtes nicht zustande. Die Verhandlungen, die mit Arbeitgebern am Orte einerseits und der Bezirksleitung andererseits geführt wurden, führten zu dem Ergebnis, daß die Arbeitgeber in Zukunft von ihrem Vorhaben, auch die Unorganisierten als gleichberechtigte Tarifkontrahenten zu betrachten, absehen. Die Herren begründeten ihr Vorhaben damit, daß die Unorganisierten die Mehrzahl der Kollegen am Orte bilden und sie mit der Gesamtheit der Kollegenschaft die Durchführung der Richtlinien erstreben. In der Versammlung, die abends stattfand, wurde das arbeiterverräterische Treiben der Unorganisierten, die sich nicht entblödeten, zu erklären, daß sie unter Umständen für 30 % pro Stunde arbeiten und ganz offen aussprechen, daß sie bei zukünftigen Bewegungen unsere Kollegen in den Rücken fallen würden, scharf verurteilt. Nach den Ausführungen des Bezirksleiters über zentrale, örtliche oder bezirkliche Lohnverhandlungen und Auswertung der Richtlinien für unsere Kollegen wurde folgender Entschluß einstimmig gefaßt:

„Die Kollegen der Filiale Glogau verwahren sich entschieden gegen die Hinzuziehung von Unorganisierten zu den Ortsarbeitsamtsitzungen. Sie erklären, daß die Lösung der in den gemeinsamen Richtlinien umrissenen Aufgaben zur Lösung des Berufs Aufgabe beider Vertragsparteien ist. Da die Richtlinien ausdrücklich besagen, daß zur Erfüllung der gemeinsamen Aufgaben jeder Meister und Gehilfe seiner Organisation angehören muß, erwarten sie die Mitarbeit der Unorganisierten durch Anschluß an den Verband, um in der Frage der Arbeitsbeschaffung, Vergütung und Verteilung, Lohnfragen usw. fruchtbringende Arbeit leisten zu können. Die Versammelten versprechen, alles zu tun, um das Treiben der Unorganisierten, das zur Verschlechterung der Lage der Berufsangehörigen führen muß, durch eifrige Mitarbeit zu unterbinden. Sie werden selbst gegen den Widerstand einzelner Arbeitgeber die dringend notwendige Arbeit zur Hebung des Berufs leisten und rechnen dabei auch auf die Mitarbeit verständiger und sozial einsichtiger Arbeitgeber.“ Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten wurde die gut besuchte und von bestem Geiste getragene Versammlung geschlossen.

Köln. Um unsere Kollegen mit der Herstellung der Lacke und deren Rohmaterialien vertraut zu machen, hatte uns die Lackfabrik H. E. P. I. S. - H. a. r. b. a. u. s., Köln-Bickendorf, auf Ansuchen der Filialverwaltung ihren modern eingerichteten Betrieb zu einer Besichtigung freigegeben. Eine große Zahl von Kollegen, darunter auch viele Lehrlinge, zeigten durch ihre Teilnahme, daß sie dem Berufe wie auch der Herkunft und Herstellung der zu verarbeitenden Materialien großes Interesse entgegenbringen. Die Besichtigung erfolgte unter der sachkundigen Führung von Chemikern des Betriebes. In dem zweistündigen Rundgang, an den sich ein von der Firma bereitgestelltes Frühstück anschloß, konnte den Kollegen viel Wissenswertes gezeigt werden. Mancher dürfte wertvolle Anregungen über Zweck und Verarbeitung der verschiedenen Lacke und Lackfarben mit sich genommen haben, die ihm in der Praxis gut zustoßen können. Der Wunsch aller Kollegen, daß solche Veranstaltungen auch auf andern Gebieten unseres vielseitigen Berufs durchgeführt werden, soll möglichste Berücksichtigung finden. Nicht allein unsern

Und dieses kämpferische Leben ist dem kämpferischen Menschen allein auch das Glück. Trotz alledem! Auch wenn der Erfolg nicht sofort in die Erscheinung tritt. Es ist ihm ein Lebensbedürfnis, stark zu sein. Diese kämpferische Kraft, die er da immer fühlt und probt, erhöht in ihm das Glücksgefühl seines Menschlichen. Er fühlt die Menschenwürde und die Menschengröße und den Menschenstolz.

Dennoch schleichen gar viele so schleimig durchs Leben. Hierhin und dahin angepaßt und hin und wieder einmal erntend von den Früchten ihrer Kämpfer-Kollegen. Was ist kein Glück, kein Lebensinhalt, keine Aufgabe, die einen ganzen Menschen packende Freiheit gibt. Nur der Kämpfer fühlt, was es heißt: Mensch zu sein.

Die Technik im Altertum.

Wir nennen unser Zeitalter das technische, und noch nie hat ja die Technik auch solche Triumphe gefeiert wie heute. Dennoch gab es Technik stets, auch im Altertum. Jede Zeit hatte ihre Technik, aber über all den Kriegen und Intrigen, aus denen die Geschichte besteht, vergaß man leider die Geschichte der Technik nur zu sehr. Diese Geschichtsforschung steckt heute erst in ihren Anfängen. Schon im Altertum nahm aber nach dem Berliner Technikhistoriker Dr. F. M. Feldhaus der Techniker einen hervorragenden Platz ein neben den Ärzten, den Rednern und Mathematikern. Weil es eben auch schon eine Technik gab und diese Technik in dem Wirtschaftsleben jener Zeit eine große Rolle spielte. Als Betriebsmaschinen kannte man Tretradler von 4 m Durchmesser, Fräder und Wasserräder sowohl zum Antriebe von Pumpwerken als zum Antriebe der Mühlen

Kollegen, sondern vor allem auch den noch fernstehenden wird dadurch erneut der Nachweis erbracht, daß die Organisation die Interessen ihrer Mitglieder auf wirtschaftlichem, beruflichem und kulturellem Gebiet fördert. Siehe daraus jeder Kollege die richtige Aufgabenstellung, indem er mit allen Kräften und unausgesetzt für den Verband wirbt!

Berufsunfälle

Hamburg. Am 29. Oktober stürzten der Kollege Colbow und ein nichtorganisierter Malergehilfe beim Deckenstreichen von einem Zimmergerüst. Der Unfall passierte dadurch, daß eine Leiter auf dem Parkettfußboden ausrutschte. Kollege Colbow verstauchte dabei beide Handgelenke. — Der Lackiererkollege Becker erlitt durch die Explosion einer Abbrennlampe, mit der sein Kollege arbeitete, starke Brandwunden an einer Hand und am Kopf. Da die Kollegen beim Davonlaufen eine in der Nähe stehende Benzinflasche umwarfen, entstand durch den leicht entzündbaren Inhalt noch ein größeres Schadenfeuer.

Gewerkschaftliches

Die Dauer der Erwerbslosigkeit der Arbeiter und Angestellten. Wie das Landesarbeitsamt der Rheinprovinz Anfang November berichtet, ist die Zahl der Arbeitslosen im Verhältnis gegenüber dem Januar auf rund 41 % gesunken. Dagegen sind die Erwerbslosenzahlen der Angestellten in der Rheinprovinz in der gleichen Zeit nur auf 58 % zurückgegangen. Hieraus ist zu ersehen, daß entweder die Angestelltenberufe weit mehr als die der Arbeiter überlebt sind oder die Rationalisierung und andere Ursachen bei den Angestellten so scharf nachwirkten, daß die Unterbringungsmöglichkeit vermindert wurde.

Wie der Rückgang der Arbeitslosigkeit zu erklären ist. Die Arbeitslosenzahlen sind in diesem Jahre in ununterbrochener Folge gesunken. Dies ist zum großen Teil auf den guten Beschäftigungsgrad in der Industrie, auf den Bauplätzen, im Handel und im Verkehr zurückzuführen. Daß aber die Ziffer der unterstufte Erwerbslosen nicht immer als der richtige Maßstab der Erwerbslosigkeit angesehen werden kann, ist aus dem letzten Bericht des Landesarbeitsamts der Rheinprovinz zu ersehen. Es heißt darin: „Wegen Erschöpfung ihres Unterstützungsanspruches und Ueberschreitung der Unterstützungsdauer schieden von Mitte September bis Mitte Oktober 5530 Personen aus der Arbeitslosenunterstützung aus. Der Abgang aus andern Gründen — Arbeitsaufnahme — betrug in der gleichen Zeit 1730. Diese Zahlen muß man im Auge behalten, wenn man von der Verminderung der Zahl der Unterstufte auf die Besserung der Wirtschaftslage schließen will.“

Großkampftage. Die Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit nehmen an Schärfe zu. Gegenwärtig tobt ein harter Kampf in der Tabakindustrie. Die Forderungen der Tabakarbeiter hat der Reichsverband der Tabakindustrie mit der Ankündigung einer allgemeinen Aussperrung beantwortet. 40 000 Arbeiter werden davon ungefähr betroffen. — Die Lohnbewegungen in der rheinischen Textilindustrie sind bisher ergebnislos verlaufen. Die Unternehmer haben auch hier beschlossen, eventuelle Streiks mit einer Gesamtaussperrung der Textilarbeiter im Rechte des rheinischen Bezirks zu beantworten. Hierdurch werden ungefähr 55 000 Arbeiter betroffen.

So mehren sich die Fälle, wo kleine Ursachen große Wirkungen haben. Die Unternehmer scheinen jede Forderung der Arbeiterchaft mit Gewalt niederschlagen zu wollen. Höchste Rührigkeit ist deshalb am Platze. Kein Arbeiter darf mehr außerhalb seiner Gewerkschaft stehen!

Die Stellung der Gewerkschaften zum Reichsschulgesehtentwurf hat die Gewerkschaftszeitung in klarer Weise zum Ausdruck gebracht. Danach sind die Gewerkschaften an dem Geiste, dem Lehrplan und den Lehrmethoden der

und Steinsägen. Auch das Draßseil war im Altertum bekannt wie die Schraube. In Bäckereien wurden Knetmaschinen benutzt und man experimentierte sogar schon mit den Kräften des gespannten Dampfes und der erhitzten Luft. Auch die Glocke, das Sprachrohr und ähnliche Einrichtungen unseres alltäglichen Lebens kannte das Altertum, wie einwandfrei erwiesen ist bereits, und im Jahre 87 nach unserer Zeitrechnung hat ein Mann gar in Rom in Gegenwart des Kaisers Nero den ersten Schwebeflugversuch unternommen.

Je mehr wir diese technische Seite des antiken Lebens kennenlernen, um so mehr werden wir erst imstande sein, uns auch von dem Arbeitsleben jener Zeit ein deutliches Bild zu machen.

Arbeitsmöbel.

Von dem Arbeitsgerät hängt in hohem Maße die Ermüdung ab. In einer Arbeit über Säge und Tische in Groß- und Kleinbetrieben bringt Medizinalrat Dr. Moser im Zentralblatt für Gewerbehygiene eine Reihe von Bildern, die geeignete Säge und Arbeitstische darstellen sollen. Daran wird die Anregung geknüpft, dem Ausschuss für gesundheitsgemäße Arbeitsgestaltung zu seiner Materialsammlung geeignete Beschreibungen und Abbildungen zweckmäßiger Arbeitsmöbel übermitteln.

Mit Wohnungsmöbeln, aus dem Gedankens einer neuen obwohl diese Möbel nicht so einschneidend in das menschliche Leben eingreifen wie die Arbeitsmöbel. Hier ist die neue Sachlichkeit vor allem angebracht; denn sie dient hier in hervorragendem Maße der Erhaltung des Leibes und der Menschenökonomie.

Volksschule ebenso interessiert wie an der Ausbildung der Lehrer, denen die Arbeiterkinder anvertraut sind. Wie der Staat sich von der Vorherrschaft der Kirche befreit hat, so haben auch die Gewerkschaften die Schranken weltanschaulicher Bindungen überwunden, sie bekennen sich bewußt zu einem Gemeinschaftsideal, das die früher so unübersteiglichen Grenzen einer vergangenen Welt nicht kennt.

Aus diesem Gesichtswinkel heraus betrachten die Gewerkschaften den Entwurf zum Reichsschulgesetz. Der Abtatz der Weimarer Verfassung über die Reichsschulgesetzgebung ist zum Teil ein uneingelöstes Rechtsversprechen. Er erhebt die Welllichkeit des Schulwesens zum Grundsatz. Die innere Verwaltung und die Aufsicht der Schule sollen lediglich Sache des Staates sein:

„Die Kirchen werden grundsätzlich von der Schulaufsicht ausgeschlossen. Die oft geübte Praxis, Geistlichen die örtliche Schulaufsicht zu übertragen, soll künftig unmöglich gemacht werden. Eine Abkapselung der volksschulpflichtigen Jugend in Ständeschulen, Klassenschulen ist unter allen Umständen verfassungswidrig. Die Volksschulen sollen soziale Gemeinschaftsschulen werden.“

Nach dem Rechtsversprechen der Weimarer Verfassung ist die gemeinsame Volksschule die Regel, Sonderschulen sind antragspflichtig. Auf diese Weise soll dem Staat als dem Herrn der Schule das Recht gegeben werden, alle Kinder des Volkes gemeinsam in bildungsfähigen Schulen zu unterweisen, nach dem Grundsatz: ein Volk, ein Staat, eine Volksschule unter der Aufsicht und der verantwortlichen Leitung des Staates.

Die Gewerkschaften, so heißt es weiter, sind mit diesen in der Verfassung niedergelegten Gesichtspunkten einverstanden. Der Keudelsche Gesetzentwurf hat aber mit dem Geiste der Verfassung kaum etwas gemein. Er gefährdet die Einheitlichkeit des deutschen Schulwesens. Er hebt die Vortugsstellung der Gemeinschaftsschule als Regelschule praktisch auf:

Der Entwurf verzichtet darauf, die Volksschule zu einer Pflanzstätte deutschen Gemeinschaftsgeistes auszugestalten; er ist Anglistisch bemüht, schon die Jugend voneinander abzusondern und der eingewurzelt deutschen Zweibracht auf geistigem Gebiete das Recht ungehemmten Einflusses auf den Geist der Jugendlichen zu gewähren.

Die Gewerkschaften lehnen deshalb den Entwurf, der aus einem unfreien Geiste geboren wurde, klar und eindeutig mit einem entscheidenden Nein ab. Sie bestehen darauf, daß der Gemeinschaftswille, der aus den Worten der Verfassung spricht, nicht verkümmert wird in einem Ausführungsgezet, das schon in seiner verklausulierten Sprache verrät, daß hier mit klaren Absichten unwürdiger Schacher getrieben wird:

Die deutsche Jugend gehört nicht nur den Erziehungsberechtigten, sie gehört dem ganzen Volke. Der Repräsentant des ganzen Volkes ist der Staat. Der Staat vertritt keine Religion und keine Weltanschauung, sondern das ganze geschichtlich gewordene Volk mit allem Reichtum seiner geistigen Gegensätze. Seine Aufgabe ist, diese innere lebendige Gegensätzlichkeit den gemeinsamen Interessen des Volkes unterzuordnen, in seinen Schulen die Kinder des Volkes zu Achtung und Verständnis für jede echte Ueberzeugung zu erziehen. Es kann diese Aufgabe am vollkommensten erfüllen in einer deutschen Gemeinschaftsschule. Die Gewerkschaften würden ihren eigenen Grundsätzen widersprechen, wenn sie sich nicht dafür einsetzen, dem Staat, selbst wider den irreführenden Willen seiner amtlichen Vertreter, das hohe und wichtige Recht zu sichern, über alle trennenden Gegensätze hinweg der Gemeinschaftserziehung zum Siege zu verhelfen.“

Genossenschaftliches

Aus der Praxis der Abonnentenversicherung stammt das nachstehende Geschichtchen, das zudem den Vorzug hat, wirklich wahr zu sein. Ein eifriger Vertreter einer Versicherungszeitung erhält von seinem Verlage oder von der Vertriebsstelle die Aufforderung, in den u m l i e g e n d e n Ortschaften des Städtchens X. zu „arbeiten“ und vor allem als zugkräftiges Propagandamittel einen soeben in X. besonders hoch regulierten Schadensfall anzuführen. Der kluge Reisende aber sagt sich mit Recht, daß es doch dann in erster Linie angebracht sei, in X. selbst ans Werk zu gehen. Er kam hin und ging von Tür zu Tür. Ueberall fand er aber eine sehr unfreundliche Aufnahme — und meistens blieb es dabei nicht. Schließlich stellte sich heraus, daß es mit dem „Propagandafall“ eine etwas andere Bewandnis hatte. Die Empfangsberechtigten sind in Folge der famosen Versicherungsbedingungen nur mit einer bescheidenen Trofkumme abgefunden worden. Darob herrschte allseits große Erbitterung auf die Abonnentenversicherung. „Jetzt weiß ich auch“, erklärte sich der Agent, „warum ich nur nach den umliegenden Orten hingehen sollte!“

Enttäuschungen gibt es, wie die Praxis zeigt, in der Abonnentenversicherung viel. Arbeiter, Angestellte und Beamte sollten wissen, daß sie sich und ihre Angehörigen nur in der Volksfürsorge, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft, versichern dürfen; dadurch aber vor jedem Schaden bewahrt bleiben.

Sozialpolitisches

Verbesserung der Sozialversicherung. Im Reichstag hat soeben die sozialdemokratische Fraktion einen Gesetzentwurf zur Aenderung der Reichsversicherungsgesetzgebung eingebracht, der eine wesentliche Verbesserung der Bezüge der Unfall- und Invalidenrentner sowie derer Hinterbliebenen verlangt. Im einzelnen wird gefordert:

Erhöhung des Pflegegeldes für hilflose Unfallverletzte von 20 bis 75 M monatlich auf 636 M jährlich. Ist die Gesundheitsstörung so schwer, daß sie dauerndes Kranklager oder außergewöhnliche Pflege erfordert, so ist diese Zulage je nach Lage des Falles auf 1056 oder 1320 M zu erhöhen. Blinde sollen mindestens die erhöhte Pflege-

zulage erhalten. Die Vollrente soll nicht mehr zwei Drittel, sondern den ganzen Jahresarbeitsverdienst betragen. Die Bestimmungen über die Berechnung der Jahresarbeitsverdienste in der Landwirtschaft sollen gestrichen werden.

In der Invalidenversicherung wird eine Vermehrung der Lohnklassen von 7 auf 9 verlangt. Als invalide soll gelten, wer nicht mehr imstande ist, die Hälfte und nicht wie bisher ein Drittel, dessen zu erwerben, was gesunde Personen zu verdienen pflegen. Witwenrente soll künftig jede Witwe und nicht nur wie bisher die dauernd invalide Witwe nach dem Tode des versicherten Mannes beziehen. Im Falle der Ablehnung dieses Antrages soll die Witwe nach dem Tode des versicherten Mannes Witwenrente erhalten, wenn sie das Alter von 40 Jahren vollendet oder wenn ihr die Pflege und Erziehung ihrer Kinder obliegt, oder wenn sie infolge von Krankheit oder andern Gebrechen dauernd invalide ist. Als invalide soll künftig die Witwe gelten, die nicht imstande ist, die Hälfte des üblichen Arbeitsverdienstes zu verdienen, anstatt bisher ein Drittel. Die Waisenrente soll bis zum 18. Lebensjahr gezahlt werden. Der Reichszuschuß für jede Invaliden-, Witwen- und Waisenrente soll von jährlich 72 auf 192 M. für jede Waisenrente von 36 auf 96 M. erhöht werden.

Weiter wird die Erhöhung des Grundbetrages der Invalidenrente für alle Lohnklassen von 168 auf 228 M. jährlich gefordert. Der Kinderzuschuß soll von 90 auf 180 M. im Jahre erhöht werden.

Die sozialdemokratische Fraktion ersucht ferner die Reichsregierung um Vorlage eines Gesetzesentwurfes, nach dem in der Unfallversicherung eine Umrechnung der laufenden Renten in Abschnitten von 5 Jahren nach den jeweils geltenden Löhnen vorgenommen wird. Die erstmalige Umrechnung der Renten soll mit Wirkung vom 1. Januar an erfolgen. Endlich nimmt die Sozialdemokratie ihre alte Forderung wieder auf, wonach die Entschädigungspflicht auf alle gewerblichen Berufskrankheiten und der Versicherungskreis auf alle gegen Entgelt verrichteten Arbeitsleistungen ausgedehnt wird.

Für den Ausbau des Angestelltenversicherungsgesetzes hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen Antrag eingebracht, in dem gefordert wird, daß die Angestelltenversicherung auf die Angestellten aller Berufsstände ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Einkommens ausgedehnt wird. Der Grundbetrag der Renten soll von 480 auf 720 M. jährlich erhöht, die geleisteten Beiträge (Steigerungsjahr) mit 20 statt bisher 15 % angerechnet werden, das Kindergeld von 90 auf 180 M. erhöht und die früheren Beiträge in allen Gehaltsklassen aufgewertet werden. Es wird weiter die Herabsetzung der Altersgrenze vom 65. auf das 60. Lebensjahr, volle Anrechnung der beitragsfreien Zeiten bei Stellenlosigkeit und Rechtsanspruch auf Heilverfahren gefordert. Die Versicherten sollen gegen soziale Anlage ihrer Beitragsgelder geschützt, billige Darlehen an die Angestellten, insbesondere zum Wohnungsbau, gegeben werden. Das Vertrauensmännersystem ist zu reformieren, das indirekte Wahlsystem abzuschaffen, dagegen sind Urwahlen durch die Versicherten einzuführen.

Mit der Aufstellung dieser Forderungen kommt die Sozialdemokratie ihrer Ankündigung nach, daß sie für die schnelle Verbesserung der Sozialversicherung Sorge tragen werde. Beim Wiederzusammentritt des Reichstages wird sich Gelegenheit bieten, die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien zu zwingen, in die Verhandlung über die sozialdemokratischen Forderungen einzutreten. Der ständig steigenden Not der Sozialrentner muß durch Erhöhung der Bezüge begegnet werden, und die Leistungen der Sozialversicherung müssen auf alle Hand- und Kopfarbeiter ausgedehnt werden.

Zahlen, die man sich merken muß.

Anläßlich eines Kurzus, der von der Reichsarbeitsverwaltung für die in der Praxis stehenden sozialpolitisch tätigen Beamten veranstaltet wurde, hielt auch der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung, Herr Dr. Sprup, einen Vortrag über Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktpolitik in Deutschland. In diesem Vortrage, der jetzt im 38. Sonderheft zum „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlicht wird, brachte der Vortragende einiges Zahlenmaterial, das im wirtschafts- und sozialpolitischen Leben unserer Zeit noch oft Verwendung finden wird. Wir entnehmen dem Vortrag das nachfolgende Zahlenmaterial: Die Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches innerhalb seiner heutigen Grenzen (jedoch ohne Saargebiet) betrug 1910 57,80 Millionen, 1919 59,18 Millionen, 1925 62,54 Millionen. Sie hat sich also in der Zeit vom 8. Oktober 1919 bis zum 16. Juni 1925 um rund 3,36 Millionen Köpfe vermehrt, im Jahresdurchschnitt um 390 000.

Durch den Krieg werden als Bevölkerungsverlust angegeben: 2 Millionen Tote, 3 Millionen Kinder, die infolge des Krieges ungeboren blieben, 3 Millionen der Zivilbevölkerung, die durch die Hungerblockade hingerafft wurde. Diesen Verlusten stehen aber erhebliche Gewinne gegenüber: 1,2 Millionen Köpfe, die als Auslandsdeutsche und Flüchtlinge aus abgetretenen Gebieten zugewandert sind, und 4,5 Millionen Menschen als Geburtenüberschuß von 1910 bis 1925 (davon entfielen auf die Nachkriegszeit allein 3,3 Millionen).

Unter den 2 Millionen Toten des Weltkrieges waren 1 500 000 Männer im leistungsfähigen Alter von 18 bis 45 Jahren. Die Zahl der versorgungsberechtigten Kriegesbeschädigten beträgt 722 000; rechnen wir dazu die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfallverletzten, so haben wir gar 1,5 Millionen deren Einbeziehung in den Arbeitsmarkt mit Schwierigkeiten verbunden ist. Infolge der Kriegsverluste ist der männliche Anteil der Bevölkerung gegenüber dem weiblichen stark zurückgegangen. Während die Volkszählung von 1910 ein Mehr von nicht ganz 0,5 Millionen Frauen anwies, betrug dieser Unterschied im Jahre 1925 2,1 Millionen.

FACHBLATT DER MALER

ZEITSCHRIFT ZUR FÖRDERUNG DER HANDWERKLICHEN WERTARBEIT IN FARBE, FORM UND RAUM

Anregungen, Belehrungen in Wort und Bild. Fachtechnik, Materialkunde. Der sichere Weg zur künstlerischen Form in Farbe und Raum.

Monatlich 1 Heft mit starkem Textteil u. 7 oder mehr farbige Tafeln. Illustrationen. Beilage mit Meinungsaustausch und fachtechnischen Mitteilungen

Bestellungen nehmen unsere Filialverwaltungen entgegen!

Die Verluste der leistungsfähigsten Altersklassen der männlichen Bevölkerung sind arbeitsmarktmäßig zu einem Teil aufgehoben durch die Verminderung des Heeres und der Kriegsmarine. Der Kopfbestand betrug 1914 beim Reichsheer 800 646, bei der Reichsmarine 79 200; 1925 beim Reichsheer 79 290, bei der Reichsmarine 15 000. Also 785 646 Personen fliehen hierdurch dem Arbeitsmarkt mehr zu als vor dem Kriege.

Die Zahl der Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte) in der Industrie, im Bergbau, in der Landwirtschaft, im Handel und Verkehr, in der Hauswirtschaft usw. wird auf 21 Millionen geschätzt. Dazu kommen noch 16 bis 17 Millionen Familienangehörige, so daß rund 60 % der Gesamtbevölkerung in ihren Lebensbedingungen unmittelbar von den Schwankungen des Arbeitsmarktes abhängig sind. — Diese Zahlen lassen sich noch nach verschiedenen Richtungen erweitern, wovon wir aber absehen. Wer ein weiteres Interesse an der Auswertung dieses Zahlenmaterials in bezug auf den Arbeitsmarkt und die Arbeitsmarktpolitik in Deutschland hat, der verschaffe sich das jüngst von der Reichsarbeitsverwaltung herausgegebene 38. Sonderheft zum „Reichsarbeitsblatt“, in dem neben dem von Dr. Sprup gehaltenen Vortrage 15 weitere aktuelle sozialpolitische Vorträge zum Abdruck gelangt sind.

Die Sitze der neuen Landesarbeitsämter.

Als Sitze für die neuen Landesarbeitsämter wurden folgende Städte bestimmt: 1. Königsberg für das Landesarbeitsamt Ostpreußen; 2. Breslau für Schlesien; 3. Berlin für Brandenburg; 4. Stettin für Pommern; 5. Hamburg für Nordmark; 6. Hannover für Niedersachsen; 7. Dortmund für Westfalen; 8. Köln für das Rheinland; 9. Frankfurt a. M. für Hessen; 10. Erfurt für Mitteldeutschland; 11. Stuttgart für Südwestdeutschland; 12. München für Bayern; 13. Dresden für das Landesarbeitsamt Sachsen.

Arbeiterversicherung

Wohin fliehen die Gelder der Betriebskrankenkassen? Bei einer Revision der Betriebskrankenkasse der Firma C. in Ratingen wurde vom Versicherungsamt festgestellt, daß 13 000 M. in der Betriebskrankenkasse fehlen und diese Gelder von der Firma zu Betriebszwecken verwendet worden sind. Das Versicherungsamt hat eine Frist gestellt, damit die Firma das Geld wieder in die Betriebskrankenkasse einbringt. Bis jetzt ist das nicht geschehen. Die Firma geriet in Konkurs. Die Leidtragenden sind die Versicherten, von denen die Beiträge aufgebracht wurden und die nurmehr keinerlei Entschädigungsansprüche gegen den Arbeitgeber mehr geltend machen können, weil die Krankenkassenbeiträge zu Betriebszwecken verbraucht wurden und die Firma infolge Zahlungsunfähigkeit keine Leistungen mehr gewähren kann. Sind derartige Fälle auch nicht vereinzelt, so kommen solche Mißbräuche doch nur selten zur Kenntnis der großen Öffentlichkeit. Nicht anders liegen die Verhältnisse oft bei verkrachten Innungskrankenkassen. Werden diese doch meist zu dem ausgesprochenen Zweck gegründet, um die gesammelten Kapitalien geldbedürftigen Unternehmern zu billigem Zinsfuß und sonstigen kulantem Bedingungen als Betriebskapital zur Verfügung zu stellen. Auch da sind

dann immer die versicherten Arbeitnehmer die Betroffenen. Deshalb müssen sich die Arbeiter überall mit schärfstem Widerstand wappnen, wo solche Zerplitterungsabsichten im sozialen Versicherungswesen — sei es durch Betriebs- oder Innungskassen — aufzutauchen. Die gegebene Versicherungssart sind große und leistungsfähige Ortskrankenkassen, die durch paritätische Mitarbeit der Arbeitgeber und der Arbeitgeber eine Gewähr für eine solide Geschäftsführung bieten und ihre Ziele viel weiter verfolgen können, als solche Zwerggebilde. Nicht der Betrieb oder die Innung, sondern das Wohl der Versicherten ist die Aufgabe der Krankenkasse; ihnen muß alles andere untergeordnet sein.

Fachliteratur

Illustrierter Malerkalender für 1928, Taschenbuch für Dekorationsmaler, Lackierer, Anstreicher und verwandte Gewerbe. 48. Jahrgang. Bearbeitet von J. Wenzel, Schriftleiter der Malerzeitung Leipzig. Verlag von Jüstel & Götzel in Leipzig. Preis 4 M.

Wie bisher, erscheint auch der neue Jahrgang wieder in zwei Teilen; A einem solid gebundenen, sorgfältig bearbeiteten Notizkalender, der vor allem auf das praktische Geschäftsleben zugeschnitten ist, und B einem Anhang, der hauptsächlich alles wichtige Material für die Buchführung enthält. Außer dem Reichstarif für das Malergewerbe bringt er u. a. die zur Zeit geltenden Stundenlöhne, Durchschnittspreise für Malerarbeiten, die Reichsverbindungsordnung, Lohnberechnungstabellen, Tapentabellen, Tabellen für Flächenmaße von Türen, Fenstern, Heizkörpern, verschiedene Geschäfts- und Rechtsfragen, dekorative Vorbilder und ein Verzeichnis von Malerliteratur.

Die Befestigung der beim Tauch- und Spritzlackieren entstehenden Dämpfe. Von Wenzel Alvensleben-Witt. Verlag: Julius Springer, Berlin. Preis broschiert 3,30 M.

Im Auftrage des technischen Ausschusses der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene haben die Gewerbedirektoren Wenzel und Witt und der Oberingenieur Alvensleben eingehende Untersuchungen über die Einrichtungen der Spritzlackiererei und die Abführung der Dämpfe angestellt. Das Ergebnis ist in der vorliegenden Broschüre zusammengefaßt und gibt in Wort und Bild einen sehr guten Einblick in das Wesen der Spritztechnik. Da die gewerbehygienischen Interessen Veranlassung zu dieser Arbeit gaben, mußte die Frage der Wirtschaftlichkeit der Spritzlackierung unberücksichtigt bleiben. Auch die technischen Einzelheiten werden nur soweit erwähnt, als es zum Verständnis der Arbeitshandlung unbedingt notwendig ist. 31 Abbildungen aber machen mit allen zur Zeit üblichen Spritzmethoden bekannt. Als besonders wertvoll erachten wir die Angaben über die bei der Spritzlackierung zur Verwendung kommenden Materialien und ihre Eigenschaften. Die Frage des Gesundheitsschutzes und damit die Abführung entstehender Dämpfe und Farbnebel steht daher im Vordergrund. Die vorliegende Arbeit soll aber nicht nur eine kritische Würdigung der zur Zeit benutzten Einrichtungen geben, sondern möglichst auch zu weiteren Versuchen und Verbesserungen anregen. Das Trachten in luftverdünnten Räumen, die Verminderung und bessere Regelung des Spritzdruckes, die Reinigung und Wiederverwendung der abgelaugten Raumluft zur Wärmepartnerschaft und die Wiedergewinnung der verdampften Lösungsmittel sind Fragen, deren endgültige Klärung nicht unwesentlich für die weitere Entwicklung der Spritztechnik sein wird. Da nach den bisherigen Erfahrungen anzunehmen ist, daß die Spritzlackierung sich durchsetzen wird, gewinnt die angestellte Untersuchung für uns eine besondere Bedeutung. Es muß anerkannt werden, daß hier eine schwierige Materie in dankenswerter Weise bearbeitet und ein äußerst wertvolles Ergebnis gefunden wurde.

Dom 5. bis 12. November ist die 45. Beitragswoche. Dom 13. bis 19. November ist die 46. Beitragswoche.

Literarisches

Sozialismus und Kultur, herausgegeben vom Sozialistischen Kulturbund, Berlin S.W. 68, enthält die Verhandlungen des Blantenburg Kulturtages. 120 Seiten stark. Zum Preise von 1,50 M. durch den Buchhandel und durch den Sozialistischen Kulturbund zu beziehen. Die Schrift enthält eine Darstellung der auf der ersten sozialistischen Kulturtagung in Blantenburg behandelten Fragen und gliedert sich in folgende Teile: I. Die kulturelle Lage der Arbeiterklasse (Referent Stein). II. Die kulturellen Probleme des Sozialismus: a) Sozialismus und Wissenschaft (Referent Dr. Adolf Braun, M. d. R.), b) Sozialismus und Kunst (Prof. Anna Eimert), c) Die Aufgaben der Kunst (Prof. Leo Kestenberg), d) Sozialismus und Erziehung (Prof. Dr. Löwenstein, M. d. R.), e) Volksgesundheit (Marie Juchacz, M. d. R.), f) Volksgesundheit (Dr. med. Knack, M. d. R.), III. Mittel und Wege sozialistischer Kulturarbeit: a) Aufgaben von Reich, Staat und Gemeinde (Stadtrat Dr. Meerfeld), b) Aufgaben der Organisationen (Staatssekretär S. Schulz), c) Die Pflichten des einzelnen in der Gemeinschaft (A. Crispian, M. d. R.). — Das Buch ist von programmatischer Bedeutung und sollte daher für alle, die sich über die kulturellen Probleme des Sozialismus orientieren wollen, oder kulturpolitisch tätig sind, gelesen werden.

DIE TECHNIK DER

HOLZMALEREI

12 FARBIGE TAFELN MIT 23 DARSTELLUNGEN, 17 ABBILDUNGEN U. INSTRUKTIVEN ERLÄUTERUNGEN MAPPE MIT TEXTTEIL - 15 MARK

Anschausexemplare liegen bei den Ortsverwaltungen aus. Bestellungen werden dort entgegengenommen oder vom Verlag: Fachblatt der Maler, Hamburg 36